Energieeffizientes Bauen

Klimaschutzstandards auf der Kippe?

[14.09.2015] Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) wirft dem Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) vor, die Notsituation von Flüchtlingen auszunutzen, um die Energieeinsparverordnung für Gebäude zu untergraben.

Der Zustrom nach Deutschland von Menschen, die vor Krieg und Elend flüchten, hält unvermindert an. Der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) hat nun verschiedene Maßnahmen erörtert, die die schnellere Unterbringung der Flüchtlinge gewährleisten sollen. Dazu zählt auch der Vorschlag, die Energieeinsparverordnung (EnEV) für Gebäude fristweise bis zum Jahr 2020 auf das Niveau der EnEV 2009 abzusenken. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat diesen Schritt nun scharf kritisiert: „Es steht außer Frage, dass wir flexible und unbürokratische Lösungen für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigen. Aber die aktuelle Notsituation auszunutzen, um bestehende Klimaschutzstandards abzuwickeln, ist zynisch und ein bedauerliches Verhalten der Branche“, erklärt DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. Der Vorschlag des Verbands werde Mietern viele Jahre lang höhere Unterhaltungskosten aufbürden. Das könne und dürfe nicht das Ziel einer sozial ausgewogenen Politik sein, so Müller-Kraenner weiter. Laut DUH sollte die Wohnungswirtschaft vielmehr die Vorteile von energetisch effizienten Gebäuden in den Vordergrund stellen.

(ma)

Die Forderungen der GdW-Wohnungswirtschaft im Detail

Stichwörter: Energieeffizienz, DUH, energetisches Bauen, GdW